

Pressemitteilung

Berlin, 21. September 2018

Die Situation in Deutschlands Kreißsälen verbessern Hebammenverband begrüßt Beschluss des Bundesrats zu Hebammen

Der Deutsche Hebammenverband e. V. (DHV) begrüßt den heutigen Beschluss des Bundesrats zur Versorgung mit Hebammenhilfe. Der Bundesrat stimmte einer Stellungnahme zum Pflegepersonal-Stärkungsgesetz mit Maßnahmen für eine Verbesserung der Arbeitssituation von Hebammen in Kliniken zu. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren sollen laut Bundesrat auch die Stellen und Personalkosten von Hebammen in Kliniken geprüft und bei Verbesserungen einbezogen werden. Hintergrund ist die angespannte Situation in Deutschlands Kreißsälen. Bei steigenden Geburtenzahlen hat aktuell fast jede zweite Klinik mit Geburtshilfe Probleme, offene Hebammenstellen zu besetzen. Hebammen in Deutschland betreuen doppelt bis dreifach so viele Frauen unter der Geburt wie in anderen europäischen Ländern. Dies führt zu einer sehr hohen Arbeitsbelastung und zu einem Rückzug von Hebammen aus der Geburtshilfe. Eine schlechtere Versorgung für Mutter und Kind sind die Folge. Der Hebammenverband hofft aufgrund dieser Situation, dass sich Bundesregierung und Bundestag dem Antrag der Bundesländer nicht verschließen und bittet um eine positive Abstimmung.

„In den Kreißsälen in Deutschland gibt es zu wenige Hebammen. Sie arbeiten dort mittlerweile bis zur Erschöpfung“, betont Ulrike Geppert-Orthofer, Präsidentin des Deutschen Hebammenverbandes e. V. „Wir freuen uns, dass der Bundesrat Hilfe für die schlimme Situation in der Geburtshilfe fordert.“ Eine nachhaltige Verbesserung ist nötig: Es gibt zu wenige Planstellen für Hebammen in den Kreißsälen, um eine angemessene Hebammenbetreuung während der Geburt sicherzustellen. Zusätzlich können im Durchschnitt schon jetzt in jedem Kreißsaal 1,6 Hebammen-Planstellen nicht besetzt werden. Lediglich 20 Prozent der Hebammen arbeiten noch in Vollzeit. Die flächendeckende und wohnortnahe Versorgung mit Geburtshilfe muss dringend sichergestellt werden. Dazu müssen die Arbeitsbedingungen von Hebammen sowie ihre Vergütung verbessert werden, um wieder Anreize für eine Tätigkeit im Kreißsaal zu schaffen. In den Kliniken sollte die Betreuung einer Frau während der Geburt durch eine Hebamme Standard sein.

Der Bundesrat hat heute diese Anliegen aufgegriffen und betont, dass der Bereich der Geburtshilfe bei einer Verbesserung von Personalausstattung und Arbeitsbedingungen mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz nicht außer Acht

gelassen werden darf. Die Hebammenversorgung stehe vor den gleichen Problemen wie die Pflege. Ein Anreiz für eine vermehrte Einstellung von Hebammen und damit ein besserer Betreuungsschlüssel für die werdenden Mütter soll erzielt werden. Damit werde die Versorgung mit Geburtshilfe gesichert.

Der Bundesrat bittet im weiteren Gesetzgebungsverfahren um eine Prüfung der Erweiterung des Gesetzesvorhabens auf Hebammenstellen und Hebammenpersonalkosten.

Dies bezieht sich insbesondere auf:

- die vollständige Refinanzierung jeder zusätzlichen und jeder aufgestockten Hebammenstelle im Kreißaal;
- die Einbeziehung von angestellten Hebammen in die für die Pflege vorgesehene vollständige Refinanzierung von Tarifsteigerungen;
- die Übertragung auf den Hebammenbereich bei der für das Jahr 2020 vorgesehenen Bereinigung der DRG um die Pflegepersonalkosten und die Einführung neuer Pflegebudgets, mit denen den Krankenhäusern die tatsächlichen Kosten der Pflege erstattet werden sollen;
- die Einbeziehung von Hebammen in den Auftrag an DKG und GKV-SV, bis zum Jahr 2020 die Grundlagen für ein neues Finanzierungskonzept und dessen Umsetzung zu erarbeiten.

Der DHV bittet die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sich dieser Stellungnahme der Länder nicht zu verschließen und stellt gerne seine Expertise für die Umsetzung eines neuen Konzepts ab 2020 zur Verfügung.

Kontakt und weitere Informationen:

Deutscher Hebammenverband e. V.
Pressestelle
Telefon: 030/3940 677 30
E-Mail: presse@hebammenverband.de

.....

Der Deutsche Hebammenverband e.V. (DHV) ist der größte Hebammenberufsverband in Deutschland und setzt sich aus 16 Landesverbänden mit über 19.500 Mitgliedern zusammen. Er vertritt die Interessen aller Hebammen. Im DHV sind angestellte und freiberufliche Hebammen, Lehrerinnen für Hebammenwesen, Hebammenwissenschaftlerinnen, Hebammen in den Frühen Hilfen, hebammengeleitete Einrichtungen sowie Hebammschülerinnen und Studierende vertreten. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist eine gute medizinische und soziale Betreuung der Frauen



und ihrer Kinder vom Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende der Stillzeit ein zentrales Anliegen des Verbandes. Als Mitglied in der European Midwives Association (EMA), im Network of European Midwifery Regulators (NEMIR) und in der International Confederation of Midwives (ICM) setzt er sich auch auf europäischer und internationaler Ebene für die Stärkung der Hebammenarbeit sowie die Gesundheit von Frauen und ihren Familien ein.